

## KOMMENTAR



## Macht des Faktischen

Viele Bürger fordern stärkere Videoüberwachung

► STEFAN VETTER (BERLIN)

Vor ein paar Monaten wäre die Umfrage wahrscheinlich noch ganz anders ausgefallen. Doch die Macht des Faktischen hat offenbar die meisten Bürger zum Umdenken bewegt: 81 Prozent der Deutschen sprechen sich nach einer aktuellen Erhebung der ARD für eine stärkere Videoüberwachung an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen aus. Nicht einmal jeder fünfte Bürger votierte dagegen. Der versuchte Bombenanschlag von Bonn in der vergangenen Woche hat seine Wirkung in den Köpfen nicht verfehlt.

Dabei ist es ohnehin schwer begreiflich, warum die elektronischen Augen in Deutschland vergleichsweise sparsam zum Einsatz kommen. An der Angst vor einem „gläsernen Bürger“ kann es jedenfalls nicht liegen, wenn man bedenkt, was bei Facebook oder Twitter alles an persönlichen Informationen zur Schau gestellt wird. Das bloße Abfilmen im öffentlichen Raum scheint da

noch das geringste Problem zu sein. Obendrein belegen kriminelle Vorgänge im In- und Ausland, dass eine Videoüberwachung dazu beiträgt, der Täter zügig habhaft zu werden. Nicht einmal gesetzliche Verschärfungen sind dafür nötig. Wohl aber die nötigen Mittel. Denn eine Videoüberwachung mit Speichermöglichkeit kostet Geld. Vor allem deshalb schieben sich Bahn und Bundespolizei wechselseitig den Schwarzen Peter zu, wer von ihnen im Falle des jüngsten Attentatsversuchs in Bonn versagt hat.

Klar muss allerdings auch sein, dass es sich nur um eine Hilfsmaßnahme handelt. Wer glaubt, durch Kameras auf Straßen und Plätzen ließe sich bei der Polizei sparen, der irrt gewaltig. Die Elektronik eignet sich zur Aufklärung einer Straftat. Die Präsenz von Sicherheitskräften kann dafür sorgen, dass es erst gar nicht zur Straftat kommt.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

## ZUR PERSON

## Rückkehr nach acht Jahren



► AHMED SIALA

Kurdischer Flüchtling

Ahmed Siala hat fast acht Jahre lang für die Rückkehr seiner Familie gekämpft. Nun sitzt der gelernte Metzger in einem Aufenthaltsraum eines Schlachthofs bei Salzgitter und sieht müde aus. So richtig kann er noch nicht fassen, dass er seine in die Türkei abgeschobene Frau Gazale Salame (31) mit seinen zwei jüngsten Kindern im Januar endlich wiedersehen wird. „Wie sollen wir noch lachen?“ fragt der Kurde. „Es kann sein, dass wir vielleicht nicht mehr zueinander finden.“

Salame war im Februar 2005 als Schwangere gemeinsam mit ihrer damals einjährigen Tochter in die Türkei abgeschoben worden. Ihr aus dem Libanon stammender Mann Ahmed Siala brachte gerade die beiden älteren Geschwister zur Schule. Den Eltern der Kurdin wurde vorgeworfen, bei ihrer Einreise Anfang der 90er Jahre falsche Angaben über ihre Herkunft gemacht zu haben.

In den vergangenen Jahren hat die Familie mit einem Unterstützungskreis vor deutschen Gerichten, der niedersächsischen Härtefallkommission und Appellen an Politiker aus aller Welt für ein gemeinsames Leben in Deutschland gekämpft. „Wir wurden so oft enttäuscht“, sagt Siala. Unter die Freude über die einstimmige Entscheidung des niedersächsischen Landtags für eine Rückkehr mischen sich daher immer

noch Zweifel. „Wir glauben erst, dass sie wieder da ist, wenn sie am Flughafen steht.“

Siala hat seinen jüngsten Sohn, den siebenjährigen Gazi, bisher nur am Telefon kennengelernt. „Wenn er schrie oder weinte, konnte ich ihn nicht in den Arm nehmen“, erzählt der 33-Jährige. Das evangelische Pastoren-Ehepaar Luise und Gerjet Harms aus Hildesheim hat die Geschichte der zerrissenen Familie von Beginn an mitverfolgt und sich für Salame eingesetzt. „Kein Mensch hätte zu Anfang gedacht, dass diese Trennung so lange dauert“, sagt die pensionierte Religionslehrerin. In regelmäßigen Telefonaten mit der jungen Mutter erlebten sie, wie Salame nach jeder neuen Ablehnung einer Wiederreise depressiver und kränker wurde.

Harms und Salames Familie haben trotz aller Enttäuschungen nie daran gedacht aufzugeben. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hatte Siala in der Vergangenheit oft geraten, zu seiner Frau in die Türkei zu gehen. „Doch je größer ihr Schmerz wurde, desto mehr war ich davon überzeugt, für ein Leben hier in Deutschland zu kämpfen“, sagt der Ehemann. Siala weiß noch nicht, wie es für die Familie weitergeht. Salame sei enttäuscht von ihm und fühle sich im Stich gelassen. „Wir haben uns versprochen, dass wir uns Zeit geben.“ Es könnte aber auch sein, dass diese Zeit nicht reicht, um die Lücke von acht Jahren zu schließen. „Das ist eigentlich das größte Verbrechen, das man uns angetan hat.“

Charlotte Morgenthal (epd)

## DAS AKTUELLE STICHWORT

## Abschiebestopp

Einen bundesweiten Abschiebestopp in den Wintermonaten wird es nicht geben. Die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt erteilten entsprechenden Forderungen gestern ebenso eine Absage wie Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Wir dürfen Asylbewerber, die unser Asylrecht offensichtlich missbrauchen, nicht mit einem Aufenthalt in Deutschland belohnen“, erklärte der CSU-Politiker.

Die Hilfsorganisation Pro Asyl hatte einen generellen Winter-Abschiebestopp für in anderen Ländern diskriminierte Minder-

heiten gefordert. Viele Roma etwa müssten in Serbien, Mazedonien und dem Kosovo in kaum beheizbaren Behelfslagerungen oder unter freiem Himmel leben, hieß es zur Begründung. Pro Asyl verwies auf Thüringen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, wo im Winter aus humanitären Gründen teilweise auf Abschiebungen verzichtet wird. Mittlerweile hat auch Bremen die Abschiebung von besonders schutzbedürftigen Menschen auf den Balkan ausgesetzt. „Diese Winterregelung ist ein Gebot der Humanität“, sagte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD). (dpa)

## ANSICHT

„Was die Raupe Ende der Welt nennt, nennt der Rest der Welt Schmetterling.“

LAOTSE, CHINESISCHER PHILOSOPH

# „Wir sind keine Außerirdischen“

Ralf Woelk, DGB-Chef in der Region Aachen, erklärt, warum 2012 für Arbeitnehmer ein durchwachsendes Jahr war und wie schwer es für die Gewerkschaften ist, faire Löhne für alle Beschäftigten zu erstreiten

VON JOACHIM ZINSEN

**Aachen.** Er ist das Gesicht der Gewerkschaften im Raum Aachen. Seit drei Jahren stellt Ralf Woelk als Vorsitzender der DGB-Region NRW Süd-West immer wieder die soziale Frage. Vehement streitet er dafür, dass auch Arbeitnehmer einen Anteil am wachsenden Reichtum unserer Gesellschaft erhalten. Gegenüber unserer Zeitung zieht er eine Bilanz des Jahres 2012.

Herr Woelk, war 2012 für Arbeitnehmer in Deutschland ein eher gutes oder ein eher schlechtes Jahr?

**Woelk:** Pauschal lässt sich die Frage nur schwer beantworten. Es gab sowohl positive als auch negative Entwicklungen.

Dann fangen Sie mit dem Positiven an.

**Woelk:** Die Tarifrunden waren 2012 relativ erfolgreich. Erstmals seit Jahren konnten wir wieder Lohnhöhungen erkämpfen, die den sogenannten verteilungsneutralen Spielraum – also die Addition von Produktivitätssteigerung und Inflation – nahezu ausschöpfen. Zudem haben wir es in der Elektro- und Metallindustrie geschafft, die Übernahme aller Auszubildenden per Tarifvertrag zu regeln und Verbesserungen für Leiharbeiter zu erstreiten. Das war und ist stilprägend für die kommenden Tarifverhandlungen.

Und was ist schlecht gelaufen?

**Woelk:** Auf dem Arbeitsmarkt sieht es Ende 2012 ähnlich düster aus wie zu Beginn des Jahres. Unsere Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ist nach wie vor nicht erfüllt. Für Leiharbeiter gilt – trotz kleinerer Korrekturen – immer noch nicht das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Überhaupt haben prekäre Beschäftigungsverhältnisse weiterhin Konjunktur. Leiharbeit, Minijobs und befristete Arbeitsverhältnisse sind zunehmend die Regel und nicht die Ausnahme. Es gibt inzwischen Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, in denen die Zahl der Minijobber höher liegt als die Zahl der regulär Beschäftigten. Das drückt natürlich das gesamte Lohngefüge in Deutschland.

Anders formuliert: Die Gewerkschaften erreichen mit den Tarifverträgen immer weniger Beschäftigte?

**Woelk:** Richtig. Die Tarifbindung nimmt leider permanent ab. In Westdeutschland sind es gerade noch 61 Prozent der Beschäftigten, für die unsere Tarifverträge gelten. Im Osten sind es sogar nur 41 Prozent.

Was können die Gewerkschaften gegen diesen Trend tun?

**Woelk:** Relativ wenig. Verhindern kann die Tariflücke nur der Gesetzgeber. In Österreich zum Beispiel werden neu abgeschlossene Tarifverträge in der Regel von der Politik für allgemeinverbindlich erklärt. Sie gelten dann für alle Arbeitnehmer einer Branche – egal, ob ihr Unternehmen Mitglied im Arbeitgeberverband ist oder nicht. Das fordern wir auch für Deutschland. Hier wurden im Jahr 2000 gerade einmal fünf Prozent aller Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt. Inzwischen trifft das sogar nur noch für weniger als ein Prozent der Verträge zu. Arbeitgeber haben deshalb immer leichteres Spiel, sich durch einen Austritt aus dem Arbeitgeberverband den Tarifvereinbarungen zu entziehen. Hinzu kommt, dass mehr als 80 Prozent der 7,5 Millionen Minijobs dazu dienen, Tarifverträge zu unterlaufen. Obwohl ja eigentlich per Gesetz festgelegt ist, dass Minijobber nicht anders be-



Die Gewerkschaften kämpfen für eine Gleichstellung von Leiharbeitern und den Stammebeschäftigten in den Betrieben – bisher allerdings vergeblich. Foto: dpa

handelt werden dürfen als regulär Beschäftigte.

Die Folge ist, dass der Niedriglohnsektor immer größer wird und inzwischen jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland weniger als zehn Euro die Stunde verdient. Damit können sich Gewerkschafter doch nicht abfinden.

**Woelk:** Das tun wir auch nicht. Aber es war politisch gewollt, dass in Deutschland ein großer prekärer Arbeitsmarkt entstanden ist. Deutsche Exportunternehmen sollten dadurch international mehr Marktanteile gewinnen. Das hat zunächst einmal funktioniert – allerdings nur auf Kosten der Arbeitnehmer in Deutschland und auf Kosten anderer europäischer Länder. Die Gewerkschaften können diese vom Gesetzgeber verursachten Fehlentwicklungen nur

und dann wieder verschwinden. Nein, die Gewerkschaft, das ist die Summe der organisierten Arbeitnehmer. Deshalb gilt eine einfache Faustregel. In Branchen, in denen viele Beschäftigte Mitglied der Gewerkschaften sind, erzielen wir gute Tarifergebnisse. In Branchen, in denen es einen geringen Organisationsgrad gibt, sind die Abschlüsse unbefriedigend.

Was müssen die Gewerkschaften tun, um für Beschäftigte in Branchen, in denen sie bisher schwach verankert sind, attraktiver zu werden?

**Woelk:** Wir müssen vor allem in kleinen Unternehmen persönlich noch präsent sein. Das ist sicherlich sehr schwierig und zeitaufwändig. Aber um Vertrauen zu gewinnen, müssen die Gewerkschaften ein Gesicht zeigen.

Sehen Sie bei diesem Punkt auch für die Gewerkschaften in der Region Nachholbedarf?

**Woelk:** Es gibt immer Luft nach oben. Wir wollen uns deshalb noch stärker als bisher um die Hochschulen in Aachen kümmern. Jeder zweite neue Beschäftigte in den Unternehmen der Region hat inzwischen einen akademischen Hintergrund. Die Gewerkschaften müssen sich vom Image befreien, nur Beschäftigte zu vertreten, die im Blaumann und mit Helm arbeiten. Dieses Rollenbild ist längst überholt. Die heutigen Facharbeiter, das sind beispielsweise auch Ingenieure.

Kurz ein Blick ins nächste Jahr: Es gibt Befürchtungen, die Rezession werde auch auf Deutschland übergreifen. Verschiedene Einzelgewerkschaften gehen nun mit Lohnforderungen um die sechs Prozent in die anstehenden Tarifrunden. Halten Sie das für vermittelbar?

**Woelk:** Natürlich werden die Arbeitgeber sowie Teile der Politik und der Medien uns vorhalten, die Forderungen seien überzogen. Aber das ist immer so. Lässt die Konjunktur gut, heißt es, man dürfe den Aufschwung nicht durch deutliche Lohnhöhungen belasten. Geht es wirtschaftlich bergab, wird von den Arbeitnehmern erst Recht Lohnzurückhaltung verlangt. Unsere Aufgabe wird es deshalb in den kommenden Monaten sein, die Menschen davon zu überzeugen, dass nur durch deutlich höhere Löhne die seit Jahren brachliegende Binnenkonjunktur endlich angekurbelt werden kann.

Im kommenden Jahr ist Bundestagswahl. Der DGB will sich mit drei Themen in die Wahlkampf einmischen. Er fordert eine Neuordnung der Arbeit, eine bessere Alterssicherung und ein soziales Europa. Was heißt das konkret?

Ralf Woelk: „Die heutigen Facharbeiter, das sind zum Beispiel auch Ingenieure.“

„Jeder zweite neue Beschäftigte in den Unternehmen der Region hat inzwischen einen akademischen Hintergrund.“

RALF WOELK



**Woelk:** Unter Neuordnung der Arbeit verstehen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro, eine Änderung bei der Sozialversicherungspflicht von Minijobs und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit, aber auch eine Stärkung der Tarifautonomie durch mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen. Bei der Alterssicherung sind wir strikt gegen ein Absenken des Rentenniveaus unter 50 Prozent. Gleichzeitig darf es keine Rente mit 67 geben, solange die Beschäftigung der 60- bis 65-Jährigen unter 50 Prozent liegt. Stattdessen brauchen wir realistische Ausstiegsoptionen für Beschäftigte, die einen würdevollen Übergang in die Rente ermöglichen. Mit dem Thema soziales Europa wollen wir schließlich deutlich machen, dass man mit der derzeitigen Sparpolitik auf dem Weg ist, Europa vor die Wand fahren. Denn durch diese Austeritätspolitik hat sich in der Geschichte noch keine Wirtschaft jemals wieder erholt. Sie vernichtet unmittelbar Arbeitsplätze, würgt die Konjunktur nachhaltig ab und gefährdet im Ergebnis die demokratische und soziale Entwicklung Europas.

Wird der DGB eine Parteipflicht für die Wahl aussprechen?

**Woelk:** Nein, das haben wir noch nie gemacht und werden es auch im kommenden Jahr nicht tun. Wir messen alle Parteien an den Forderungen, die wir als Gewerkschaften in den Wahlkampf mit eingebracht haben.

Es macht aus Sicht des DGB keinen Unterschied, ob Deutschland ab Herbst 2013 von einer Kanzlerin Angela Merkel oder einem Kanzler Peer Steinbrück regiert wird?

**Woelk:** Letztendlich formulieren die Parteien ihr Verhältnis zu Gewerkschaften und Arbeitnehmern durch ihr Wahlprogramm und nicht umgekehrt. Daher wollen die Gewerkschaften niemandem vorschreiben, wo das Kreuzchen zu machen ist. Das werden die Beschäftigten auch dank unserer Wahlprüfsteine sehr gut selbst wissen. Ich persönlich hoffe darauf, dass sich die Politik nach der kommenden Wahl ändern wird.

## Gewerkschafter und Fußballfan

Ralf Woelk (47) hat nach einer abgebrochenen Lehre als Gartenbauer Politik- und Sozialwissenschaften studiert. 1994 begann der gebürtige Düsseldorfer als Jugendbildungsreferent beim DGB in Köln, 2000 stieg er zum Landesjugendreferent NRW auf. Seit 2009 ist Woelk Vorsitzender der DGB-Region NRW Süd-West (ehemaliger Regierungsbezirk Aachen plus Kreis Euskirchen). Der bekennende Fan des Fußball-Bundesligisten Fortuna Düsseldorf ist damit für knapp 500 000 Beschäftigte zuständig.